

Projektleitung Wien Zentral, 1020 Wien, Praterstern 3

**An das
Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie,
Mobilität, Innovation und Technologie**

**Radetzkystraße 2
1030 Wien**

ÖBB-Infrastruktur AG
Projekte Neu-/Ausbau
Projektleitung Wien Zentral
Ing. Christian Trummer

Tel. +43 664 6170953
christian.trummer2@oebb.at

Aktenzahl/Sachbearbeiter/Telefon
PNA-BEHO-WIZE-000280-20-FBa/Winter&Bachl/+43 664 88425429

Wien, am 19.08.2020

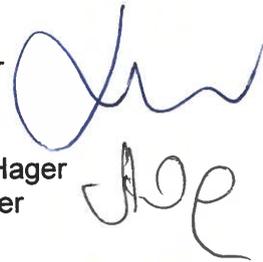
Geschäftszahlen:
BMVIT-820.341/0011-IV/SCH2/2014
BMVIT-820.341/0014-IVV/S4/2015

Antragstellerin:

ÖBB-Infrastruktur AG
Praterstern 3
1020 Wien

vertreten durch:

1. Dipl.-Ing. Franz Bauer
Vorstandsdirektor
2. DI Dr. techn. Hubert Hager
Geschäftsbereichsleiter



wegen:

Zweigleisiger Ausbau und Elektrifizierung der ÖBB-
Strecke 117 Wien Stadlau - Staatsgrenze nächst
Marchegg, km 0740 – km 37,920

2. Änderungseinreichung

1-fach
1 HS
Beilagenkonvolut (3xschriftlich, 3xelektronisch)

Genehmigungen des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie:

Mit Bescheid vom 22.08.2014, GZ BMVIT-820.341/0011-IV/SCH2/2014, erteilte das BMVIT nach Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung und des teilkonzentrierten Genehmigungsverfahrens die Genehmigung für den zweigleisigen Ausbau und die Elektrifizierung der ÖBB-Strecke 117 Wien Stadlau – Staatsgrenze nächst Marchegg. Hievon waren insbesondere folgende Maßnahmen umfasst:

- Zweigleisiger Ausbau der bestehenden eingleisigen Strecke
- Elektrifizierung von Strecken- und Bahnhofsgleisen
- Anhebung der Streckenhöchstgeschwindigkeit auf V_{\max} 160 km/h
- Verbesserung der Sicherheit durch Auflassung von Eisenbahnkreuzungen oder deren technische Sicherung
- Attraktivierung von Bahnhöfen und Haltestellen, verbesserte Zugangssituationen zu den Bahnsteigen
- Einrichtung von Wegeleit- und Verbesserung von Informationssystemen für Reisende
- zeitgemäße Umweltstandards bezüglich Lärm- und Erschütterungsschutz, Entwässerungen sowie durch die Umstellung auf E-Traktion

Der Ausbau und die Elektrifizierung sollen auf slowakischer Seite fortgesetzt werden.

Mit Bescheid vom 22.12.2015, GZ. BMVIT-820.341/0014-IV/IVVS4/2015, erteilte das BMVIT die Genehmigung für

- eine geänderte Bauausführung im Bereich der Landesstraße L 5/Personentunnel des Bahnhofs Raasdorf und der Landesstraße L 9 nahe des Bahnhofs Siebenbrunn-Leopoldsdorf
- die Errichtung von Park&Rideanlagen in den Bahnhöfen Raasdorf, Glinzendorf und Marchegg
- sowie die Überbauung der Erdgassonde „Breitenlee 14“.

Die eisenbahnrechtliche Betriebsbewilligung für die im Modul 1a umgesetzten Maßnahmen (km 0,740 – km 5,520) wurde mit Bescheid des BMVIT vom 16.12.2019, GZ. BMVIT-820.341/0013-IV/IVVS4/2019, erteilt.

2. Änderungseinreichung:

Die 2. Änderungseinreichung sieht im Wesentlichen die Umsetzung von bautechnischen Maßnahmen zur Erhöhung der Streckenhöchstgeschwindigkeit von V_{\max} 160 km/h auf V_{\max} 200 km/h vor. Dies hat Auswirkungen auf folgende Parameter:

- Trassierung, Schutzweichen, Weichen mit beweglichen Herzen, Zuglaufcheckpoint, Unterbau, Adaptierung der Kabelwege
- Anpassung des Streckenquerschnitts an das aktuelle ÖBB-Regelwerk – Lage der Oberleitungsmastgassen in Bahnhöfen und Kabelwege
- Errichtung eines Ausziehgleises in Siebenbrunn-Leopoldsdorf
- AB Eco Plus Marchegg: Optimierung der Lage des Bestand-Streckengleises

- Auflassung von Eisenbahnkreuzungen¹ (km 5,734; km 8,114; km 29,029)
- Änderung der Lage von Unter- und Überführungsbauwerken (L6 bei km 16,309; Geh- und Radwegunterführung bei km 19,380) sowie konstruktive Adaptierungen bei Über- und Unterführungen (zB Errichtung Steinsatz als Anprallschutz bei Überführungen)
- Änderung von Geometrie, Größe und Lage von Versitzbecken
- Errichtung von Park&Rideanlagen in Raasdorf-Nord, Siebenbrunn-Leopoldsdorf, Untersiebenbrunn, Schönfeld-Lassee und Breitensee
- Optimierung von Bahnsteigdächern
- Adaptierung von Aufzugsanlagen
- Änderung der Lage von Schalthäusern und Technikgebäuden

Die Umsetzung sicherungstechnischer Maßnahmen zur Erreichung der Streckenhöchstgeschwindigkeit von 200 km/h und Einhaltung des ETCS-Level 2 wird Gegenstand einer gesonderten Einreichung sein.

Gemäß Gutachten nach § 31a EisbG entspricht auch das geänderte Vorhaben dem Stand der Technik unter Berücksichtigung der Sicherheit und Ordnung des Betriebs der Eisenbahn, des Betriebes von Schienenfahrzeugen auf der Eisenbahn und des Verkehrs auf der Eisenbahn einschließlich der Anforderungen des Arbeitnehmerschutzes.

Laut Umweltverträglichkeitserklärung führen die Änderungen bei Einhaltung der im Projekt vorgesehenen Maßnahmen auch zu keinen nachteiligen oder allenfalls geringfügig nachteiligen Auswirkungen auf die in § 1 UVP-G angeführten Schutzgüter.

Aus Sicht der Projektwerberein sind daher die Voraussetzungen für die Erteilung der Änderungsgenehmigung gegeben.

Antrag:

Die ÖBB-Infrastruktur AG stellt den

Antrag.

die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie möge für die in den Einreichunterlagen dargestellten Vorhabensänderungen die Genehmigung gemäß §§ 23b, 24, 24f und 24g UVP-G sowie die für die Ausführung des geänderten Vorhabens sonst noch erforderlichen bundesrechtlichen Genehmigungen, insbesondere die eisenbahnrechtliche Baugenehmigung und die Rodungsbewilligung gemäß ForstG, erteilen.

¹ Die Auflassung der EK im km 8,114 wurde mit Bescheid vom 02.12.2016, GZ. BMVIT-820.341/0016-IV/IVVS4/2016 und die Auflassung der EK im km 5,734 neu (= Bestand km 5,701) wurde mit Bescheid vom 03.05.2019, GZ. BMVIT-820.341/0005-IV/IVVS4/2019, angeordnet. Die Auflassung der EK im km 29,064 neu (=Bestand km 29,029) war ursprünglich im Modul 2 vorgesehen; dies wurde mit Bescheid des BMVIT vom 22.08.2014, GZ BMVIT-820.341/0011-IV/SCH2/2014, genehmigt. Laut 2. Änderungseinreichung soll die Auflassung im Modul 1b erfolgen.

Bundesministerium für Klimaschutz,
Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
Herr Mag Michael Andresek
Radetzkystraße 2
1030 Wien

Wien, 25.08.2020
GZ 19-3021 RaJ/PeU

ÖBB-Strecke 117: Stadlau – Staatsgrenze n. Marchegg
Zweigleisiger Ausbau und Elektrifizierung Stadlau – Staatsgrenze nach Marchegg
2. Änderungseinreichung 2019
§ 31a Gutachten gem. EisbG– Parie A, B, C
Inspektionsbericht INF und PRM
Zwischenprüfbescheinigung ENE
sowie USB-Stick

Sehr geehrter Herr Mag. Andresek,

anbei übermitteln wir Ihnen das § 31a Gutachten gem. EisbG zum Projekt „Zweigleisiger Ausbau und Elektrifizierung Stadlau – Staatsgrenze nach Marchegg, 2. Änderungseinreichung 2019, Parie A, B und C sowie die Inspektionsberichte INF & PRM, ENE als gebundene Exemplare, sowie auf USB-Stick.

Freundliche Grüße

Johanna Rammer-Wutte Bsc, BA, MA

Beilagen:

§ 31a Gutachten (Parie A, B, C)
Inspektionsberichte INF & PRM, ENE
USB-Sticks

übernommen am:

Datum:

Unterschrift:
